

Monitoring: **„STOP DOING WHAT HITLER DID TO YOU“**

Die Eskalation im israelisch-palästinensischen
Konflikt als Gelegenheitsstruktur für antisemitische
Vorfälle in Berlin zwischen 9. Mai und 8. Juni 2021

Eine Auswertung der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)



Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) dokumentierte im Kalendermonat Mai 2021 insgesamt 211 antisemitische Vorfälle – so viele wie in keinem Monat zuvor seit Beginn der systematischen Dokumentation antisemitischer Vorfälle in der Bundeshauptstadt seit 2015. Häufen sich in diesem Monat ohnehin politische Versammlungen, in deren Zusammenhang es zu antisemitischen Vorfällen kommen konnte, kamen 2021 noch antisemitische Reaktionen auf die damals aktuellen Ereignisse in Israel und im Nahen Osten dazu.

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin dokumentierte für den Zeitraum vom **9. Mai bis zum 8. Juni 152** antisemitische Vorfälle mit Bezug auf die Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt. Diese Vorfälle umfassen **vier** Angriffe, **sechs** gezielte Sachbeschädigungen, **sieben** Bedrohungen, **fünf** Massenzuschriften und **130** Fälle verletzenden Verhaltens, bei **12** dieser Fälle verletzenden Verhaltens handelte es sich um Versammlungen.

Im Zuge der Auseinandersetzungen über die Besitzverhältnisse mehrerer Wohnhäuser im Jerusalemer Viertel Sheich Dscharrh, die begleitet wurden von Protesten in verschiedenen israelischen Städten, setzte im Mai 2021 der Beschuss Israels durch die Hamas und andere palästinensische Terrororganisationen aus dem Gazastreifen ein. Die Raketen-Angriffe sowie die israelischen Militärreaktionen darauf wurden von europäischen und deutschen Akteur_innen für verschiedene Formen der Mobilisierung aufgegriffen, woraufhin auch in Deutschland und in Berlin Kundgebungen und Demonstrationen stattfanden. Ohnehin werden militärische Auseinandersetzungen zwischen Israel und islamistischen Terrororganisationen häufig von antisemitischen, zum Teil gewalttätigen Reaktionen in Deutschland begleitet, und RIAS Berlin werden regelmäßig antisemitische Vorfälle bekannt, in denen Bezug auf diesen Konflikt genommen wird. Die Vorfälle belegen die Kontinuität und das Potenzial des israelbezogenen Antisemitismus in den verschiedenen von RIAS Berlin erfassten politisch-weltanschaulichen Spektren, die anlassbezogen und kurzfristig mobilisiert werden. Im Hinblick auf die Entwicklung antisemitischer Vorfälle beobachtet RIAS Berlin außerdem immer wieder antisemitische Dynamiken: temporäre Phasen, in denen wie im Mai und Juni diesen Jahres eine erhöhte Anzahl antisemitischer Vorfälle mit ähnlichem inhaltlichem Bezug durch das Projekt registriert und dokumentiert wird. Ursächlich dafür sind meist exogene Faktoren wie der palästinensisch-israelische Konflikt, bestimmte historische Jahrestage oder gesellschaftliche Konstellationen, verknüpft mit der organisierten Mobilisierung von Social Media Kampagnen und Versammlungen, die Gelegenheitsstrukturen etablieren, die antisemitisch Handelnde motivieren und damit Vorfälle und Gewalt begünstigen.

Die Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt im Mai traf zeitlich in Berlin auf weitere Faktoren wie den jährlich stattfindenden islamistischen Aktionstag, den sogenannten Nakba-Tag am 15. Mai, und Online-Mobilisierungen, unter anderem im Zusammenhang mit dem ebenfalls jährlich stattfindenden Quds-Tag. Menschen, die als jüdisch wahrgenommen wurden oder erkennbar waren, wurden in den Sozialen Medien dazu aufgefordert, sich zu positionieren, darüber hinaus waren Jüdinnen/Juden aber auch Beleidigungen und Anfeindungen bis hin zu Morddrohungen ausgesetzt. Mehr als die Hälfte der in diesem Zeitraum dokumentierten Vorfälle ereignete sich online. Betroffene berichteten immer wieder davon, dass das Klima in den Sozialen Medien für sie zu einer enormen Belastung geworden sei. Auch außerhalb des Internets wurden RIAS Berlin mehrere Vorfälle gegen jüdische Personen und Einrichtungen bekannt.

Antisraelische Proteste in Neukölln, 15. Mai:
Auf Schildern und in Parolen wurde
die Ritualmordlegende auf Israel projiziert.
Quelle: Grischa Stanjek/Democ.



Antisemitische Artikulationen auf israelfeindlichen Versammlungen in Berlin

Für die Zeit zwischen dem 9. Mai und 8. Juni 2021 erfasste RIAS Berlin 12 Versammlungen als antisemitische Vorfälle. RIAS Berlin dokumentiert Versammlungen als Fälle antisemitischen verletzenden Verhaltens, wenn es auf ihnen zu antisemitischen Äußerungen kommt oder wenn antisemitische Inhalte auf Schildern, Flyern oder in Reden verbreitet werden.

Die Versammlungen fanden in Neukölln, Kreuzberg, Mitte und in Charlottenburg statt und unterschieden sich hinsichtlich des politisch-weltanschaulichen Hintergrunds der Organisator_innen und Teilnehmer_innen sowie in Form, Umfang und in ihrer jeweiligen Dynamik. In dem genannten Zeitraum fanden kleinere Kundgebungen sowie große Demonstrationen mit teilweise bis zu 3.500 Teilnehmer_innen statt. Insbesondere am dem Wochenende des 14. und 15. Mai kam es zu Gewalt gegen Jüdinnen_Juden und Journalist_innen. Die große Bereitschaft zur Teilnahme und die hohe Emotionalität während der Versammlungen, die sich immer wieder auch in Aggressionen ausdrückte, wurden wohl auch durch die Mobilisierung für den sogenannten Nakba-Tag am Samstag, dem 15. Mai 2021, befördert.

Entsprechend dem unterschiedlichen Charakter der Versammlungen ließen sich auch Unterschiede in den Artikulationsweisen des Antisemitismus feststellen: Auf einzelnen kleineren Veranstaltungen wurde entweder durch Veranstalter_innen oder aufgrund von Versammlungsaufgaben stärker darauf geachtet, antisemitische Äußerungen zu vermeiden. Auf mehreren größeren Versammlungen hingegen wurde Antisemitismus offen bis aggressiv geäußert, teilweise in Verbindung mit Gewaltfantasien. Im Kontext von zwei Versammlungen kam es zu antisemitischen Angriffen auf Jüdinnen_Juden, die RIAS Berlin als separate Vorfälle dokumentiert hat (s. u.).

RIAS Berlin dokumentierte antisemitische Äußerungen auf den Versammlungen nach der Arbeitsdefinition „Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance, die in einer für den deutschen Kontext operationalisierten und spezifizierten Fassung die Grundlage für die Arbeit des Projekts bildet. Trotz der verschiedenen politisch-weltanschaulichen Spektren, die an den Versammlungen beteiligt waren, und unabhängig davon, ob die jeweilige Versammlung von einer eher friedlichen oder eher aggressiveren Stimmung geprägt war, fanden sich wiederkehrende antisemitische Motive.

Abstreiten des Existenzrechts Israels

Neukölln, 19. Mai: Auf einer Versammlung in Neukölln hielt ein Teilnehmer ein Schild hoch, auf dem „Israel does not exist, it’s all Palestine“ stand, ein anderer Teilnehmer trug ein Schild mit „Free Palestine – 27.027 qkm: We want it ALL“.

In solchen Aussagen wird dem Staat Israel das Recht auf seine Existenz abgesprochen und die Etablierung eines Palästina eingefordert, das nicht nur das Gebiet der Westbank und des Gazastreifens, sondern auch das Gebiet des Staates Israel umfasst.

Äußerungen dieser Art fanden sich auf allen im Mai und Juni dokumentierten Versammlungen in Berlin, sowohl in verschiedenen sprachlichen Formulierungen als auch in Symbolen oder in Bildern, in denen etwa das Territorium Israels, der Westbank und des Gazastreifens komplett in den Farben der palästinensischen Flagge dargestellt wurden. Die Situation von jüdischen Israelis wird nicht thematisiert, eine Zwei-Staaten-Lösung, in der auch ein israelischer Staat von und für Jüdinnen_Juden existiert, wird in solchen Aussagen meist implizit abgelehnt.

„Kindermörder Israel“ – Anwenden tradierter antisemitischer Symbole auf den Staat Israel

Neukölln, 14. Mai: Auf einer Versammlung in Neukölln riefen verschiedene Gruppen mehrfach „Kindermörder Israel“. Ein Redner wies über Lautsprecher darauf hin, dass diese Aussage durch die Versammlungsaufgaben untersagt worden sei. Gleichwohl wurde die Parole immer wieder an verschiedenen Stellen im Versammlungszug skandiert. Auch auf Schildern wurde das Motiv mehrfach alleinstehend oder in Verbindung mit anderen Verbrechen, die dem Staat Israel vorgeworfen wurden, verwendet.

Die Bezeichnung Israels als „Kindermörder“ oder auch „Baby-Mörder“ rekurriert auf die antisemitische Ritualmord-Legende, der zufolge Kinder umgebracht und ihr Blut im Brot für Pessach verarbeitet werden würde; die Bezeichnung ist ein Beispiel für die Übertragung tradierter antisemitischer Topoi auf den Staat Israel.



▲
Versammlung in Neukölln, 15. Mai:
Absprache des Existenzrechts Israels.
Quelle: RIAS Berlin.

Vergleiche Israels mit dem Nationalsozialismus

Neukölln, 15. Mai: Ein Mann hielt auf einer Versammlung in Neukölln ein Schild hoch mit der Aufschrift „Stop doing what Hitler did to you“. Er setzte damit die Politik Israels mit der Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus gleich.

Solche Gleichsetzungen dienen ebenfalls der Dämonisierung und Delegitimierung Israels. Sie bagatellisieren aber in erster Linie die Schoa und erklären Überlebende und Opfer der Schoa sowie deren Nachkommen zu Täter_innen – denn sie sind es, die auf diesem Schild eigentlich adressiert werden, nicht der israelische Staat. Für sie können Gleichsetzungen wie diese besonders verletzend sein. Auf den Versammlungen im Mai und Juni waren sie ein vielfach genutztes Motiv.

Auf derselben Versammlung in Neukölln waren auch die Aussagen „We don't pay for German guilt“ sowie „Free Palestine from German Guilt“ auf Schildern zu sehen. Darin wird ein verzerrtes Geschichtsbild artikuliert: Die Gründung des Staates Israel wird darauf reduziert, ein Ergebnis der deutschen Vernichtungspolitik zu sein, und es wird so getan, als hinge Israels gegenwärtige Existenz von der Unterstützung Deutschlands ab. Implizit wird darin außerdem unterstellt, die Schoa würde von Israel als jüdischem Staat zum eigenen Vorteil ausgenutzt.

Versammlung in Neukölln, 15. Mai:
Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus.
Quelle: RIAS Berlin.



Mord- und Gewaltaufrufe gegen Israelis und Jüdinnen_Juden

Neukölln, 14. und 15. Mai: Antisemitische Gewaltfantasien und andere gewaltverherrlichende Parolen wurden insbesondere auf den Versammlungen am 14. und 15. Mai 2021 in Neukölln durch Teilnehmende angestimmt und schallten immer wieder in Sprechchören durch die Straßen. Nachdem die Polizei die nicht angemeldete Versammlung am 15. Mai 2021 aufgrund der Verstöße gegen Hygienevorschriften aufgelöst hatte, kam es zu massiver Gewalt gegen Polizist_innen. Schon vorher kam es zu drei Angriffen auf Jüdinnen_Juden und Journalist_innen (s. u.) auf der Versammlung am 14. Mai.

Mehrere Personen riefen „Khaybar, Khaybar, ya yahud, jaish Muhammad saya'ud“, übersetzt: „Juden, erinnert euch an Khaybar, die Armee Mohammeds kommt wieder“. In der islamischen Geschichtsschreibung ist ein Bericht über eine von Juden bewohnte Oase auf dem Gebiet des heutigen Saudi-Arabien, Khaybar, tradiert, die im Jahr 628 n.d.Z. von Mohammed und seiner Armee erobert wurde. Viele der Bewohner wurden massakriert, ihre Frauen und Kinder versklavt.

In Sprechchören wurde außerdem „Udrub Udrub Tel Aviv“ gerufen, um die Raketenangriffe auf Tel Aviv zu feiern. Der Ausspruch findet sich auch in einem islamistischen Popsong, den es in verschiedenen Versionen gibt. Eine Version schallte am 15. Mai laut aus einem Café nahe dem Versammlungsort in Neukölln, allerdings schon vor Beginn der Versammlung. In dem Lied ist auch das Ticken einer Bombe zu hören.

Neben antisemitischen Parolen äußerten Redner_innen und Teilnehmende auch Gewaltfantasien, etwa indem sie den bewaffneten Kampf gegen die israelische Zivilbevölkerung, die Intifada, verherrlichten. Ein Redner rief am 14. Mai: „Die Intifada ist die Lösung. Wir brauchen keine friedliche Lösung“ und „Rakete nach Rakete. Gaza wird immer stolzer. Es gibt keine Angst. Die Steine wurden zur Kalaschnikow“, woraufhin die Masse seine Parolen wiederholte. Weitere positive Bezüge auf die Intifada wurden vielfach auch auf Schildern artikuliert. In einem Fall wurde außerdem ein Stirnband mit dem Symbol der islamistischen Terrororganisation Hamas dokumentiert.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 24. Mai: Eine Frau hatte auf einem Schild, das sie auf einer Versammlung in Charlottenburg bei sich trug, „I wish all Zionists a very صاروخ يلعن ابوكم [transliteriert: Sarukh Yalean 'Ubukum]“ geschrieben, übersetzt bedeutet das etwa „Ich wünsche allen Zionisten, dass eine Rakete eure Väter verflucht“. Sie glorifizierte damit die Aktionen radikalislamischer Terrororganisationen aus dem Gazastreifen, die Raketen auf israelische Orte und Zivilist_innen feuerten.

Viele antisemitische Aussagen, insbesondere antisemitische Gewaltvorstellungen wurden auf Arabisch geäußert. Sie sind so für nicht-arabischsprachige Personen in den Strafverfolgungsbehörden, Journalist_innen und Beobachter_innen nur schwer oder gar nicht verständlich. Dies kann als Lerneffekt aus vergangenen Jahren gedeutet werden, als es bundesweit zu israelfeindlichen Versammlungen und Ausschreitungen kam, die in den Medien und der Öffentlichkeit aufgrund antisemitischer Gewaltaufrufe verurteilt worden waren.

Darüber hinaus wurde Israel auf den dokumentierten Versammlungen vielfach auf Schildern, Bannern und in Redebeiträgen als rassistisches und faschistisches Unterfangen dargestellt sowie des Kolonialismus und der Apartheid bezichtigt. Entsprechende historische Phänomene werden durch ihre Entkontextualisierungen bagatellisiert, insbesondere wenn sie zum Zwecke der Dämonisierung und Delegitimierung genutzt werden.

Im Hinblick auf den politisch-weltanschaulichen Hintergrund versammelten sich auf den verschiedenen Versammlungen Veranstalter_innen und Teilnehmer_innen aus unterschiedlichen Spektren, darunter palästinensische und arabische religiöse und säkulare Nationalist_innen, Anhänger_innen und Unterstützer_innen antiisraelischer Boykott-Kampagnen, Vertreter_innen aus dem links-antiimperialistischen Spektrum, Islamist_innen und türkische Nationalist_innen. Trotz aller Unterschiede werden die Versammlungen von RIAS Berlin im Hinblick auf den politisch-weltanschaulichen Hintergrund dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet. Diese Zuordnung geschieht dann, wenn die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen, in deren Kontext der Vorfall stattfand, gegenüber einer bestimmten Positionierung (etwa im linken, rechten oder religiös-fundamentalistischen Milieu) überwiegt. Wie die antisemitischen Gewaltfantasien traten auch die anderen beschriebenen antisemitischen Motive spektrrenübergreifend auf. Ähnliche Deutungen des Konflikts und damit in Zusammenhang stehende geteilte Motive Deutungen des israelisch-palästinensischen Konflikts tragen zur Anschlussfähigkeit unterschiedlicher Milieus bei.

Neben Versammlungen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus, die RIAS Berlin als antisemitische Vorfälle dokumentierte, richteten sich antisemitische Anfeindungen auch gegen Personen, die Solidaritätsveranstaltungen mit Israel besuchten; die Anfeindungen fanden vor Ort oder auf dem Nachhauseweg statt.

Angriffe

In dem zugrunde gelegten Zeitraum wurden RIAS Berlin vier antisemitische Angriffe bekannt. Sie sollten jedoch nicht als isolierte Ereignisse bewertet werden, denn die Angriffe ereigneten sich in einer Phase, in der es zu zahlreichen Anfeindungen gegen Jüdinnen_Juden in Berlin online und auf der Straße kam. Während sich viele Jüdinnen_Juden in Berlin Sorgen um Angehörige und Freund_innen in Israel machten, wurden sie selbst als Stellvertreter_innen Israels adressiert, beleidigt oder bedroht. Befördert wurde die Stimmung in der Stadt auch durch die zahlreichen Versammlungen. Auf einer von ihnen kam es zu Angriffen auf Jüdinnen_Juden.

Neukölln, 15. Mai: Auf der Versammlung am Samstag, dem 15. Mai 2021, kam es in Neukölln zu zwei Angriffen gegen Jüdinnen_Juden. In einem Fall wurden drei Personen von Teilnehmer_innen antisemitisch beleidigt, bedroht und angegriffen, einer der Betroffenen wurde zudem homophob beschimpft. Sie waren aufgrund einer Kippa und einer Kette mit Davidstern-Anhänger als jüdisch erkennbar und befanden sich am Rande der Versammlung. Als eine der drei Personen, wie zahlreiche andere auch, am Rande der Versammlung mit ihrem Handy Fotos aufnehmen wollte, wurden sie von Teilnehmer_innen der Versammlung als „Zionistenhure“ und „Kindermörder“ beschimpft. Rasch sammelte sich eine Traube von circa fünfzig Personen um die drei herum, aus der heraus sie für die Situation in Israel verantwortlich gemacht und aufgefordert wurden, „in ihr Land zurückzugehen“. Keine der Personen war israelische_r Staatsbürger_in. Eine an der Versammlung teilnehmende Frau stellte sich schützend vor die Gruppe; sie wurde rassistisch beleidigt.

Auf derselben Versammlung berichtete eine israelische Reporterin auf Hebräisch. Eine Person bewarf sie während ihres Berichts mit einem Böller, der sie aber verfehlte.

Mitte, 20. Mai: Als Kundgebungsteilnehmer_innen eine israelsolidarische Versammlung am Potsdamer Platz Richtung Brandenburger Tor verließen, wurden sie von ihnen unbekannt Personen bespuckt, beleidigt und bedrängt. Ihre Israelfahne aus Papier wurde entwendet und zerrissen.

Tempelhof-Schöneberg, 22. Mai: Ein Mann mit Kippa befand sich in der Nacht auf dem Nachhauseweg, als drei ihm unbekannte Männer ihn ansprachen und beleidigten. Einer der drei schlug ihm mit der Faust ins Gesicht und beleidigte ihn antisemitisch. Durch den Schlag prallte der Betroffene gegen eine Schaufensterscheibe. Die Angreifer flüchteten. Der Betroffene musste ins Krankenhaus gebracht und ambulant behandelt werden.

Gezielte Sachbeschädigungen

In sechs Fällen kam es zu gezielten Sachbeschädigungen, bei denen ein Bezug zur Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt vermutet werden kann.

Mitte, 24. Mai: In der Nacht zum 24. Mai hörte ein Mann gegen 1 Uhr laute Geräusche vor seiner Wohnung. Am nächsten Morgen stellte er fest, dass seine Wohnungstür mit Eiern beworfen worden war. Der Betroffene vermutet, dass er aufgrund seiner hebräischen Sprache als Israeli identifiziert wurde.

Lichtenberg, 17. Mai: In der Nacht zu Montag übergossen Unbekannte in Hohenschönhausen den Gedenkstein für die 1938 zerstörte Synagoge der Jüdischen Gemeinde mit grüner Farbe.



◀ Mitte, 24. Mai: Die Wohnungstür eines als hebräischsprachig identifizierten Mieters wurde mit Eiern beworfen.
Quelle: Meldung an RIAS Berlin.

Bedrohungen

Im genannten Zeitraum wurden RIAS Berlin insgesamt sieben antisemitische Bedrohungen von Jüdinnen_Juden oder jüdischen Organisationen gemeldet. Jede Bedrohung bezog sich entweder auf Israel oder den israelisch-palästinensischen Konflikt und adressierte die Betroffenen als Vertreter_innen Israels. Überwiegend erreichten die Drohungen sie online, in einem Fall von Angesicht zu Angesicht.

Online, 11. Mai: Ein jüdischer Berliner postete eine israelsolidarische Nachricht auf Instagram. Eine Person, die sich als Palästinenserin ausgab, verschickte an den Betroffenen mehrere Sprachnachrichten. U. a. sagte sie: „Wherever you are, I can make problem for you. [...] If you live in Israel, I gonna kill you, I gonna kill your mom, kill your dad and family.“ Eine weitere Person, die eine Sprachnachricht schickte, drohte ebenfalls: „I’m gonna kill your face and kill your family.“

Verletzendes Verhalten

RIAS Berlin wurden zwischen dem 9. Mai und dem 8. Juni 2021 zudem 130 Fälle verletzenden Verhaltens bekannt, die einen Bezug zu Israel oder zum israelisch-palästinensischen Konflikt aufwiesen. RIAS Berlin fasst unter dieser Kategorie sämtliche antisemitische Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen und Organisationen sowie antisemitische Anfeindungen gegenüber anderen Personen oder Institutionen.

Die Mehrheit dieser Vorfälle, rund zwei Drittel (65,4%), ereignete sich online. Es handelte sich um E-Mails oder private Nachrichten in den Sozialen Medien an Privatpersonen und jüdische oder als jüdisch wahrgenommene Organisationen, um adressierte Beiträge in den Sozialen Medien oder um Kommentare ähnlich wie in den folgenden Beispielen. Betroffene berichteten zudem, dass das Klima gerade in den Sozialen Medien für sie zu einer Belastung geworden sei. Mitunter deaktivierten sie ihre Accounts oder mieden Social-Media-Plattformen wie Twitter, Instagram oder Facebook.

Online, 9. Mai: Bereits am 9. Mai reagierte eine Person auf die Instagram-Story einer jüdischen Frau, die zum Ende des Schabbats ein Bild von einem Brettspielabend mit ihrer Familie mit dem Gruß „Shavua Tov“ gepostet hatte, mit antisemitischen Anfeindungen: „Palästina für immer ihr israelischen bastarde ich hoffe gott bestrafte euch hürensohne“ (sic!). In ihrer Instagram-Story, auf welche die Person reagiert hatte, fanden sich keine Bezüge auf Israel.

Online, 10. Mai: Eine Person schrieb an eine in Berlin ansässige jüdische zivilgesellschaftliche Einrichtung eine Direktnachricht auf Facebook: „Möge sich Gott an euch Juden rechnen für das was ihr Palästina antut. Schmort in der Hölle dafür!“ (sic!)

Online, 16. Mai: Ein Berliner Journalist, der zuvor in einer englischsprachigen Publikation über Antisemitismus berichtet hatte, erhielt eine englischsprachige E-Mail. Darin wurde gefordert, Jüdinnen_Juden wie in den 1930er-Jahren zum Auswandern zu bewegen, da Jüdinnen_Juden in den letzten 4.000 Jahren für viele der größten Rückschläge in der Menschheit verantwortlich gewesen seien. Der_die Verfasser_in beendete die Mail mit: „The Nazis were harsh but basically right.“

Nicht nur online kam es zu antisemitischen Anfeindungen, Jüdinnen_Juden wurden auch von Angesicht zu Angesicht beleidigt und angefeindet:

Neukölln, 12. Mai: Eine Frau mit Davidstern-Kette befand sich an einer Bushaltestelle in Neukölln und fotografierte ein Plakat, das zu einer Versammlung zum „Nakba-Tag“ aufrief. Ein Mann beobachtete sie dabei, kam auf sie zu und beschimpfte sie mit „Fick dich, Judenschlampe“. Er lief an ihr vorbei, drehte sich noch einmal um und lachte laut. Die Betroffene stieg in den nächsten Bus.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 16. Mai: Eine Frau in der U-Bahn-Linie U5 trug offen sichtbar ihren Davidstern-Anhänger. Als ihre Haltestelle nahte, ging sie zum Türbereich. Ein Mann drehte sich um und sagte leise, nur für die Betroffene hörbar „Juden hier raus!“. Die Betroffene fragte perplex nach „Bitte?!“, woraufhin der Mann nur hämisch lachte und ausstieg.

Mitte, 20. Mai: Zwei Personen waren in Mitte unterwegs, einer davon ein jüdischer Mann mit Kippa, als ihnen ein Radfahrer „Scheiß Hurensöhne“ zurief.

Antisemitische Äußerungen, die RIAS Berlin ebenfalls als Fälle verletzenden Verhaltens dokumentierte, waren außerdem vermehrt im Berliner Straßenbild sichtbar, etwa in Form von Schmierereien:

Neukölln, 3. Juni: An einem Baugerüst in der Hermannstraße und an einer öffentlichen Toilette am Kranoldplatz sowie an einem roten Bauwagen in der Fontanestraße hatten unbekannte Personen großflächige antisemitische Schmierereien angebracht. Sie zeigten einen Davidstern in einem weißen oder durchsichtigen Kreis auf rotem Grund. Das Symbol war einer Hakenkreuz-Flagge nachempfunden, in der das Hakenkreuz durch einen Davidstern ersetzt wurde. Darüber war „Cultural Apropriation“ (sic!) geschrieben, übersetzt „kulturelle Aneignung“. Der Begriff bezeichnet in der postkolonialen Theorie die Übernahme

von Bestandteilen einer Kultur oder Identität. Hier sollten offenbar der Staat Israel mit dem nationalsozialistischen Deutschland und die aktuelle israelische Politik mit der Politik der Nazis gleichgesetzt werden. Darüber hinaus repräsentiert der Davidstern nicht nur Israel, er ist in erster Linie ein jüdisches Symbol, das unabhängig vom Staat Israel stehen kann. Angefeindet wurden insofern Jüdinnen_Juden insgesamt, unabhängig davon, ob sie sich mit dem Staat Israel identifizieren oder nicht. Schließlich kann die Schmiererei auch als Anspielung auf ein Stereotyp des modernen Antisemitismus verstanden werden, demzufolge Jüdinnen_Juden über keine eigene kulturelle Identität verfügen und sich fremde kulturelle Elemente aneignen würden.

Friedrichshain-Kreuzberg, 29. Mai: In Kreuzberg wurde eine antisemitische Schmiererei entdeckt. Auf einen Stromkasten und einen Container wurden ein Davidstern und ein Hakenkreuz mit einem Gleichheitszeichen dazwischen gemalt, daneben eine Flagge Palästinas.

Neukölln, 3. Juni: Gleichsetzung von Jüdinnen_Juden mit NS-Deutschland.
Quelle: Meldung an RIAS Berlin.



Antisemitismus als alltagsprägende Erfahrung für Jüdinnen_Juden

Antisemitismus ist eine alltagsprägende Erfahrung für Jüdinnen_Juden in Berlin. Er begegnet ihnen in ganz unterschiedlichen Formen und in verschiedenen Kontexten. Das bedeutet nicht, dass sie täglich antisemitische Anfeindungen erleben, aber es gibt kaum Räume, in denen jüdische Menschen nicht damit rechnen müssen, mit Antisemitismus konfrontiert zu werden. In Phasen, in denen wie im Mai und Juni 2021 bestimmte Anlässe zur Gelegenheitsstruktur werden, vermehren sich antisemitische Vorfälle, und die Gefahr von Anfeindungen steigt. Über den Anlass und die Phase hinaus kommt es aber auch zu einer „Normalisierung“ zumindest bestimmter Formen antisemitischer Anfeindungen.

Jüdinnen_Juden in Berlin haben während der Eskalation im Nahostkonflikt im Mai 2021 Antisemitismus in zahlreichen Formen erlebt, als Angriff oder Bedrohung, als gezielte Beschädigung ihres Eigentums, als antisemitische Kommentare, Beleidigungen oder Anfeindungen, online und von Angesicht zu Angesicht. Zwischen dem 9. Mai und dem 8. Juni wurden RIAS Berlin 152 Vorfälle bekannt, die einen Bezug zur erneuten Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt aufwiesen. In rund drei Vierteln (74,34 %) dieser Vorfälle waren die Betroffenen Personen oder Organisationen, die jüdisch oder israelisch waren oder als solche adressiert wurden.¹

Antisemitismus begegnete Jüdinnen_Juden dabei am Arbeitsplatz, in Gesprächen und Diskussionen im Bekannten- oder Freundeskreis, im Umfeld von Synagogen, während zufälliger Begegnungen im Supermarkt, im öffentlichen Personennahverkehr, auf der Straße und im eigenen Wohnumfeld. Einzelne Personen berichteten außerdem, dass sie Orte jüdischen Lebens wie die Synagoge während dieser Wochen nicht wie gewohnt besuchten.

¹ In 32 Vorfällen waren Personen und in 81 Vorfällen waren Organisationen jüdisch oder israelisch oder wurden als solche adressiert.



**Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)**

RIAS Berlin ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. und orientiert sich an den dort formulierten Qualitätsanforderungen.

UNSERE ANGEBOTE

Vertrauensvolle Annahme anonymer
Meldungen antisemitischer Vorfälle

Vermittlung von weitergehenden
Unterstützungsangeboten
(juristisch, psychologisch, politisch
sowie Betroffenen- und
Antidiskriminierungsberatung)

Unterstützung bei Anzeigenstellung

Kontaktstelle für Polizei bei
Anzeigenstellung (Kleiner Zeugenschutz)

Unterstützung bei öffentlicher
Kommunikation der Erfahrungen

Auskünfte über antisemitische
Ausdrucksformen, Gruppen, Ereignisse

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen
antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite **www.report-antisemitism.de**
oder die Mobilnummer **0152 / 13 36 21 98** mitteilen.

facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin

twitter.com/Report_Antisem

RIAS Berlin ist ein Projekt des

vdk

verein für demokratische kultur in berlin –
initiative für urbane demokratieentwicklung e.v.

gefördert von

